



HESSISCHER LANDTAG

27. 04. 2022

HHA

Dringlicher Berichtsantrag

Fraktion DIE LINKE

Militärische Nutzung des Flughafens Pulkovo (St. Petersburg) und die Beteiligung der Fraport AG

Das Land Hessen hält gut 31 % an der Fraport AG. Fraport wiederum hält – nach Kenntnis der Antragssteller – 25 % an der Thalita Trading Ltd. Thalita ist Eigentümerin der Firma Northern Capital Gateway, diese wiederum hält die 30-jährige Betriebskonzession für den Flughafen Pulkovo in St. Petersburg (Russland).

Zu den weiteren Anteilseignern gehört auch die Unternehmensgruppe der russischen Staatsbank VTB, die etwa einen ebenso großen Anteil wie Fraport hält und nach der Annexion der Krim von den USA sanktioniert wurde, und die Staatsfonds von Russland und Katar.

Die „Pandora Papers“, eine internationale Investigativrecherche über Geschäfte in Steueroasen, hatten 2021 offenbart, dass Fraport ein sogenanntes „Operator Agreement“ also eine Betriebsvereinbarung und eine „Vereinbarung zur technischen Unterstützung“ mit einer Tochtergesellschaft der Thalita abgeschlossen hatte, die u.a. beinhaltete, das Fraport den Finanzchef des Flughafens und die Leitung des operativen Geschäfts nominiert.

Laut früherer Aussagen der Landesregierung sei ihr eine militärische Nutzung des Flughafens Pulkovo nicht bekannt. Recherchen des HR hatten wiederum aufgezeigt, dass es auf dem Flughafen eine militärische Kommandantur gibt und laut Berichten von Planespottern vor dort russische Militärflugzeuge abgeflogen sind.

Ebenfalls aus Dokumenten der „Pandora Papers“ geht Presseberichten zufolge hervor, dass der Flughafen Pulkovo ausdrücklich auch militärischen Zwecken diene. „Pulkovo bietet die volle Bandbreite an Leistungen, eingeschlossen Geschäftsflüge, Regierungsflüge, Cargo-, Militär- und Sanitätsflüge“, zitiert die Süddeutsche Zeitung aus einem Geschäftsdokument.

Es steht der Verdacht im Raum, dass der Flughafen Pulkovo eine Rolle im Angriffskrieg auf die Ukraine spielt. Träfe das zu, stünde nicht nur ein Verstoß gegen das Völkerstrafrecht im Raum, sondern wäre auch das Friedensgebot der Hessischen Verfassung verletzt und die Landesregierung, die eine politische Verantwortung für die Fraport AG und ihre Beteiligungen trägt, moralisch diskreditiert.

Die Landesregierung wird ersucht, im Haushaltsausschuss (HHA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

Engagement der Fraport AG in St. Petersburg

1. Was ist die Aufgabe der Gesellschaften Thalita und Northern Capital Gateway, an der die Fraport AG beteiligt ist?
2. Welchen Aktivitäten ging die Fraport AG einerseits und o.g. Gesellschaften unter deren Beteiligung andererseits in St. Petersburg konkret nach?
3. Wie viel Personal der Fraport AG und der Betriebsgesellschaft unter deren Beteiligung waren in der Vergangenheit in St. Petersburg aktiv?
Sind heute noch Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter vor Ort?
4. Sind die seit 2020 von Fraport nominierten Manager, die allesamt ausschließlich lokale Verträge haben, vom Rückzug der Fraport AG betroffen oder weiterhin tätig?
5. Welche Form und welche tatsächlichen Folgen hat der öffentlich erklärte „Rückzug“ der Fraport AG aus dem operativen Geschäft?

6. Wäre die Nutzung des Flughafen Pulkovo für den Angriffskrieg gegen die Ukraine rechtlich gesehen ein Anlass, die bestehenden Verträge vorzeitig zu kündigen (Exit-Klausel, Force-majeure-Ereignis)?
7. In welcher Form hat Fraport als „Lead Operator“ die Northern Capital Gateway während der Konzessionslaufzeit mit internationaler Flughafenexpertise unterstützt?

Erkenntnisse über militärische Aktivitäten

8. Welche Erkenntnisse haben die Landesregierung und Fraport über die festgeschriebenen Geschäftszwecke des Flughafens Pulkovo, die den „Pandora Papers“ zufolge ausdrücklich auch eine militärische Nutzung vorsieht?
9. Welche Erkenntnisse über militärische Flugbewegungen und deren Ziele liegen der Landesregierung bzw. Fraport vor?
10. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung bzw. Fraport über Berichte von sogenannten Planespottern, die militärische Flugbewegungen auf dem Flughafen Pulkovo dokumentiert haben?
11. Einer Analyse von „WDR“ und „Süddeutscher Zeitung“ zufolge landeten seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine mindestens zwei „Regierungsmaschinen“ der Rossija in Pulkovo. Können die Landesregierung und Fraport ausschließen, dass konkret diese und ähnliche Flüge zum Transport sanktionierter Personen genutzt oder gar militärischen Zwecken im Zusammenhang mit dem verbrecherischen Angriffskrieg auf die Ukraine dienen?
12. Daran anschließend: Welche Maßnahmen hat Fraport ergriffen, um solche Verstöße gegen internationale Sanktionen oder Beihilfe zu Verstößen gegen das Völkerstrafrecht auszuschließen?
13. Wie bewertet die Landesregierung bzw. Fraport die Aussage des Berliner Militärforschers Wolfgang Richter, Oberst a.D., dass es schon länger Hinweise darauf gebe, dass Pulkovo für logistische Flüge der russischen Streitkräfte genutzt wurde?
14. Hatte die Landesregierung bzw. Fraport Kenntnis von der militärischen Kommandantur der russischen Streitkräfte auf dem Flughafen Pulkovo?
15. Gab es seit Beginn des Engagements von Fraport 2009 Kontakte zu der militärischen Kommandantur der russischen Streitkräfte auf dem Flughafen Pulkovo?
Falls ja, in welcher Form?
16. Bei welcher Stelle der Bundesregierung wurde um Informationen über die militärische Nutzung des Flughafens Pulkovo gebeten – und gibt es bereits Erkenntnisse?
17. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung bzw. Fraport grundsätzlich über die militärische Nutzung von Flughäfen, an denen Fraport beteiligt ist?

Wiesbaden, 27. April 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
Jan Schalauske